

Bloß nicht kleinreden!

—

Die Verharmlosung der islamistischen Gefahr
behindert eine wirksame Vorbeugung

AHMAD MANSOUR

Geboren 1976 in Tira bei Kfar Saba (Israel), Diplom-Psychologe, beschäftigt sich mit Projekten und Initiativen gegen Extremismus und zur Förderung von Toleranz. Er ist Programme Director bei der European Foundation for Democracy.

Die Debatte zum Thema Islamismus ist wichtig und notwendig – aber sie muss differenziert geführt werden. Nur so wird sie konstruktiv. Klare Haltungen gegen islamistischen Extremismus sind grundlegend, aber wir müssen auch bereit sein, ins Detail zu gehen, uns die Problematik genauer anzusehen und zu analysieren. Die Debatte darf nicht aus Panik, nicht

aus Angst entstehen, sondern aus dem Wunsch, unsere Gesellschaft zu stärken und gefährdeten Jugendlichen Alternativen anzubieten. Es darf natürlich keine Debatte sein, die in Richtung Pegida, Polarisierung und Fremdenfeindlichkeit führt. Aber sie darf auch nicht in die umgekehrte Richtung führen, indem ein problematisches Islamverständnis verharmlost und kleingeredet wird, monokausale Erklärungen ausreichen oder die islamistische Ideologie

ausgeblendet wird. Solche Verharmlosung führt nur zu weiterem Radikalismus und verhindert die Entstehung effektiver Konzepte zur Bekämpfung der Radikalisierung. Diese Konzepte aber sind dringend notwendig. Sie dürfen nicht nur auf diejenigen fokussiert sein, die mit der Waffe in der Hand in den Dschihad ziehen wollen, besonders militant sind oder aus Syrien oder dem Irak zurückkehren, denn diese Personen sind nur die Spitze des Eisbergs. Die ausschließliche Beschäftigung mit ihnen verhindert eine grundsätzliche Wertedebatte über das Islamverständnis. Hier wäre genauer zu betrachten, wo die Schnittmenge der Auffassungen liegt, die gefährliche Islamisten und der Mustafa-Normal-Muslim gemeinsam haben. Vielleicht ist das mehr, als möglicherweise beiden bewusst ist? Genau diese unbewusste Gemeinsamkeit stellt auf Dauer eine Gefahr für die demokratischen Werte dar. Deshalb gilt es, die geeigneten Partner für Präventionsarbeit gegen Islamismus mit Bedacht auszuwählen.

ANSCHLÄGE IN PARIS: JUBEL UND ZUSTIMMUNG IM INTERNET

Wer im Bereich Extremismus-Prävention arbeitet, hat die Terroranschläge von Paris als einen großen Rückschritt, nicht aber als Schock empfunden. Die Reaktionen in der riesigen Internetunterwelt der Radikalen, Salafisten und Sympathisierenden waren höchst beunruhigend, aber leider nicht überraschend: Einerseits gab es Jubel und Zustimmung, andererseits wurden zahlreiche Verschwörungstheorien verbreitet. Was in diesen Tagen wirklich verwundert, ist der nicht selten geäußerte Eindruck, Paris sei ein Einzelfall gewesen; eine einmalige, ungeheuerliche Tat, durchgeführt von Psychopathen. Da möchte man fragen: Habt ihr Kopenhagen, Sydney, Ottawa und Brüssel vergessen? Alle diese Ereignisse liegen nur wenige Wochen zurück. Paris war also mitnichten ein Einzelfall, sondern ein weiterer Mosaikstein des Gesamtbildes: eines anwachsenden islamischen Fundamentalismus, welcher sich in ganz Europa abzeichnet.

Wenn wir von Gefahr reden, geht es um viel mehr als um Terroranschläge und gewaltbereite Rückkehrer aus Syrien oder dem Irak. Viel bedeutender sind die Tausende Menschen in Deutschland, die sich in ihrem täglichen Leben von der Mehrheitsgesellschaft bewusst abgrenzen und demokratische Werte ablehnen – beispielsweise Salafisten, die Nichtmuslime als „Ungläubige“ bezeichnen, die in ihren Gruppierungen strenge Regeln, klare Feindbilder und Schwarz-Weiß-Denken verbreiten, die sich gegenüber anderen Menschen aufwerten, indem sie darauf beharren, die absolute Wahrheit zu besitzen. In solchen Gruppierungen wird Gewalt oft legitimiert, selbst dann, wenn sie nicht ausgeübt wird. Gleiches gilt für die Gewalt der Terroristen, die relativiert oder gutgeheißen wird. Dieses sympathisierende Umfeld ist

deutlich größer, als viele es wahrnehmen wollen. Es äußert sich nicht im Fernsehen oder in der Presse, sondern bundes- und europaweit auf Schulhöfen, in Moscheen und in den sozialen Netzwerken.

Ein Beispiel: Durch meine Arbeit erhalte ich viele E-Mails von rat-suchenden Personen. Oft sind das Lehrer, die in ihren Schulklassen einen hohen Anteil von Schülern mit muslimischem Hintergrund haben und die mit diversen, daraus resultierenden Problemen konfrontiert sind. Nach den Anschlägen in Paris schrieb mir eine Lehrerin aus Deutschland: „Meine Schüler waren tatsächlich der Meinung, dass das Ganze von westlichen Geheimdiensten inszeniert worden sei, genauso wie 9/11.“ Die Lehrerin hat ihre Schüler gefragt, ob es nicht falsch sei, eine andere Person umzubringen: „Attentäter würden zwar Sünden begehen, kämen aber nach einer Zeit in der Hölle dann doch ins Paradies, allerdings mit einer Kennzeichnung auf der Stirn.“ Diese Einstellungen sind nicht selten. In den Köpfen der Schüler konkurrieren viele Informationsquellen: die Familie, die Traditionen, die Medien. Die Schule wäre ein wichtiger Ort, diese Informationen zu sortieren, aber die Lehrer sind oft überfordert und die notwendigen Strukturen sind nicht vorhanden.

ANGSTPÄDAGOGIK UNTERGRÄBT DIE DEMOKRATISCHEN WERTE

Große Aussagen wie „Der Islam gehört zu Deutschland“ und „Der Terror hat mit dem Islam nichts zu tun“ hört man gerade in letzter Zeit immer öfter. Aber wenn wir im öffentlichen Diskurs von „dem Islam“ reden, was bedeutet das genau? Es werden in Deutschland viele unterschiedliche Auffassungen des Islam praktiziert. Beziehen wir uns auf den Islam der vielen Musliminnen und Muslime in Deutschland, die ihre Religion als Privatsache empfinden? Auf einen Islam, der Spiritualität, Orientierung und Trost bringt? Oder sprechen wir vom Islam der Hassprediger und der IS-Terroristen? Von einem politisierten Islam, der den Menschen Angst macht und der Gleichberechtigung und Toleranz ablehnt? Dieser Islam gehört nicht in eine Demokratie – und ein deutliches Zeichen dagegen fehlt oftmals.

Auch bei moderatem Islam sollten wir genauer hinsehen und überlegen, welche Werte unseren Jugendlichen vermittelt werden. Denn es gibt religiöse Inhalte, die teilweise problematisch sind, da sie in einigen Fällen den Nährboden für eine Radikalisierung schaffen könnten. Ich rede von Inhalten wie der Angstpädagogik und von der Tatsache, dass Kindern ein Gottesbild beigebracht wird, das mit Hölle und Strafe droht und keine Zweifel an den Worten des Korans zulässt. Ich rede auch von Tabuisierung und Unterdrückung der Sexualität; von dem Verbot zu hinterfragen; von der Aufwertung der eigenen Anhänger und Abwertung aller anderen. Diese Vorstellungen

lassen sich von Radikalen sehr leicht instrumentalisieren, und sie sind auch in extremer Form im fundamentalistischen Islamverständnis vorhanden.

Erst dann, wenn im öffentlichen Diskurs eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Islamismus stattfindet, werden wir in der Lage sein, erfolgversprechende Ansätze und Projekte zu entwickeln. Denn eine effektive Präventionsarbeit kann nicht aus kleinen, gut gemeinten Integrationsprojekten bestehen, sondern muss Diskussion, Selbstkritik, neu gedachte pädagogische Konzepte und langfristige Ziele anstreben.

VERSAGEN DER ISLAMISCHEN VERBÄNDE

Zuerst brauchen wir unbedingt einen reformierten, demokratiekompatiblen Islam. Diese religiöse Reform kann nur innerislamisch eingeleitet werden, aber die Politik muss bereit sein, dabei eine entscheidende Rolle zu spielen. Sie hat die Chance, diverse, liberale muslimische Stimmen zu fördern. Aber sie muss sehr genau bedenken, wen aus der muslimischen Community sie zum Partner macht und wie ihre Entscheidungen auf die Debatte wirken könnten. Unabhängige Personen werden zum Beispiel nicht mehr zur Deutschen Islam Konferenz eingeladen – eine sehr problematische Entwicklung. Die islamischen Verbände haben bislang in vielen Bereichen versagt, und sie haben sich auch von vielen wichtigen Debatten ferngehalten, ja sogar Debatten unterbunden. Wenn die Politik ausschließlich mit den Verbänden arbeitet, könnte das unter Umständen den innerislamischen Diskurs behindern.

Wir müssen auch Vorbilder schaffen: muslimische Jugendliche, die überhaupt keine Ähnlichkeit mit den Radikalen haben; Jugendliche, die vielleicht religiös sind, aber die klar und laut sagen, dass ihre Religion es nie rechtfertigt, die Schwester zu unterdrücken, andere Menschen abzuwerten oder Gewalt auszuüben. Es sollten niemals Projekte unterstützt werden, in denen Jugendliche Verschwörungstheorien und ihr Islamverständnis mit geschickter Rhetorik verbreiten sowie die Grundrechte und Verfassung subtil ablehnen.

Außerdem müssen deutsche Schulen deutlich mehr Einsatz zeigen, um Jugendliche vor Radikalisierung zu schützen. Hiesige Schulen sind auf Leistung orientiert, auf Lernprozesse und Notenvergabe konzentriert – und weniger darauf, eine respektvolle Diskussions- und Streitkultur zu entwickeln und die Philosophie und die Werte der eigenen Gesellschaft zu vermitteln. Lehrer berichten, dass einige ihrer Schüler Bestnoten in Mathetests schreiben, aber nicht in der Lage sind, in einem Aufsatz eine eigene Meinung zu formulieren. Das liegt daran, dass sie diese Kompetenz in ihren patriarchalen Gemeinschaften und Familien nicht erwerben dürfen. Dagegen muss man doch angehen. An der Schule sollten Jugendliche erfahren, dass es Raum für freies Denken und Fragen, Spielen und Lernen gibt. Den Schülern sollte und müsste

stärker vermittelt werden, dass kritisches Denken gefragt ist und es ihnen zudem persönliche Erfolge und Selbstbewusstsein verschafft.

Nur innerhalb des Bildungssystems können diese jungen Menschen einen Weg finden, sich mit Ethik und Politik zu beschäftigen. Dies könnte zum Beispiel im Schulunterricht mithilfe verschiedener Aktivitäten, wie Arbeitsgruppen, gesellschaftlichen Projekten, gemeinsamen Reisen sowie Wettbewerben und Diskussionsrunden, gefördert werden. Nicht weniger als Milliardeninvestitionen in eine neue, der Realität angepasste Schul- und Bildungspolitik sind nötig. An keinem anderen Ort kann bei Kindern aus autoritär geprägten, traditionellen Familien die Liebe zur Demokratie entstehen. Zusammenarbeit mit den Eltern wird ohne Wirkung bleiben, solange diese die Demokratie ablehnen. Und die nächste Generation kann, soll und darf nicht darauf warten, dass ihre Eltern die Einstellung ändern. Darüber hinaus sind auch gezielte Projekte gegen islamische Radikalisierung an den Schulen wichtig. Bessere Konzepte müssen entwickelt, inhaltlich und professionell begleitet, Gelder dafür gezielt eingesetzt werden. Dazu brauchen wir Fortbildungen für Lehrer und Sozialarbeiter. Radikalisierung passiert nicht von heute auf morgen; wir müssen die Fachkräfte sensibilisieren und ihnen Werkzeuge in die Hand geben, radikale Tendenzen zu erkennen, damit das unmittelbare Umfeld befähigt wird, frühzeitig einzugreifen.

Die Problematik der islamistischen Radikalisierung wird uns wahrscheinlich noch lange begleiten. Wir müssen fürchten, dass es in Europa weitere Anschläge geben wird und dass auch zukünftig Personen im Namen des Dschihad in Kriege anderer Länder ziehen werden. Es wird noch mehr Jugendliche geben, die diesen Weg attraktiv finden, da sie für die islamistische Ideologie anfällig sind. Ich bin aber überzeugt, dass wir achtzig Prozent der jungen Leute mit einer Disposition zur Radikalität ansprechen könnten, bevor sie gewalttätig werden. Das gelingt aber nur, wenn alle, Muslime und Nichtmuslime, Politiker und die Zivilgesellschaft, sich für demokratische Werte einsetzen und mit den Jugendlichen gewinnend arbeiten. Diese Arbeit benötigt sehr viel Geld und Zeit. Aber das Problem ist real und gegenwärtig; je länger es ignoriert oder verharmlost wird, desto mehr Jugendliche werden wir verlieren.